

Bolivians neue Verfassung - ein Land vor der Zerreißprobe

Buitrago, Miguel A.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Buitrago, M. A. (2007). *Bolivians neue Verfassung - ein Land vor der Zerreißprobe*. (GIGA Focus Lateinamerika, 12). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Lateinamerika-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-274408>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Bolivians neue Verfassung – ein Land vor der Zerreißprobe

Miguel A. Buitrago

Nach dem politischen Umschwung versprach die neue Regierung, dem Land bis 2007 eine neue Verfassung zu geben. Präsident Evo Morales eröffnete am 6. August 2006 die Verfassunggebende Versammlung, die er als Meilenstein in der Geschichte Boliviens bezeichnete. Regierung und Opposition konnten sich in diesem Gremium nicht auf ein neues Grundgesetz einigen. Am 9. Dezember 2007 hat die Regierungspartei MAS nun einen Verfassungsentwurf vorgelegt, der von der Opposition nicht anerkannt wird und das Land vor eine Zerreißprobe stellt.

Analyse:

Die neue Verfassung sollte die Basis für eine stabile politische Ordnung, soziale Gerechtigkeit und Integration im krisenhaften Bolivien bilden. Das lang erwartete Ergebnis ist dagegen sehr ernüchternd. Die Verfassunggebende Versammlung war nicht in der Lage, im Konsens aller Beteiligten eine Verfassung für Bolivien zu schaffen. Der Machtkampf innerhalb der Versammlung trug vielmehr zu einer weiteren Polarisierung der Gesellschaft und der politischen Kräfte bei. Die Regierung Morales geht stark geschwächt aus dem sechzehnmonatigen Streit um die Verfassung hervor. Morales hat angekündigt, seinen Kurs ungeachtet der Konsequenzen weiterzuführen und den vorgelegten Verfassungsentwurf in einem Referendum bestätigen zu lassen. Die Opposition droht damit, das Land durch Autonomieerklrungen mehrerer *departamentos* nun endgültig zu spalten.

- Die Regierung konnte sich kein Versagen der Verfassunggebenden Versammlung leisten. Sie war ein, wenn nicht sogar *das* Hauptversprechen ihres Wahlkampfes. Ohne eine von allen akzeptierte Verfassung lässt sich der Plan eines „neuen Bolivien“ nicht realisieren.
- Die Wahrscheinlichkeit, dass die Morales-Regierung ihre Amtszeit aufgrund ihres sinkenden Zuspruchs und der Missachtung demokratischer Regeln nicht beenden wird, wächst mit jedem Tag der Krise.
- Ihre autoritären Tendenzen machen die Regierung für Kritik anfällig, sowohl innerhalb Boliviens als auch international.
- Auch die wirtschaftliche Lage des Landes hat sich verschlechtert. Der Anstieg der Inflation in einen zweistelligen Bereich schmälert die Machtbasis von Morales.
- Die Regierung hält derzeit an ihrem Plan für ein neues Bolivien fest. Die Opposition zeigt sich hingegen zunehmend bereit, ihren eigenen Weg zu gehen. Die Kluft zwischen beiden Seiten wächst so stark, dass eine weitere gewaltsame Eskalation des Konflikts im kommenden Jahr nicht auszuschließen ist.

Keywords: Bolivien, Verfassung, Instabilität, Regionalautonomie

1. Einleitung

Die Verfassunggebende Versammlung (VGV) sollte ein neues Grundgesetz für Bolivien ausarbeiten. Dahinter stand die Absicht der Regierung unter Evo Morales, einen neuen Staat zu gründen. Jedoch haben sich auf diesem Weg enorme Schwierigkeiten ergeben und tiefe Gegensätze herausgebildet. Die Versammlung war in den veranschlagten zwölf Monaten von August 2006 bis August 2007 nicht in der Lage, eine neue Verfassung vorzulegen. Eine Verlängerung von weiteren vier Monaten, bis zum 14. Dezember 2007, wurde beschlossen. Verschiedene Streitthemen verhinderten die zügige Fortsetzung der Arbeit, so dass die neue Frist nur unter Höchstanstrengungen seitens der Regierung einzuhalten war. Am 9. Dezember 2007 hat die Regierung einen Verfassungsentwurf präsentiert. Die Opposition steht jedoch nicht hinter diesem Vorschlag. Somit wächst sowohl die Kluft als auch das Konfrontationspotential zwischen beiden Seiten.

Der Mangel an Konsens- und Kompromissfähigkeit innerhalb der Versammlung wurde zu einem bedeutenden Problem für die Regierung Morales. Die große Unterstützung, mit der sie ihre Amtszeit begann, schwand. Aber auch die Regierungsfähigkeit und Legitimität litten unter dem sechzehnmonatigen Machtkampf in der VGV.

2. Die Verfassunggebende Versammlung

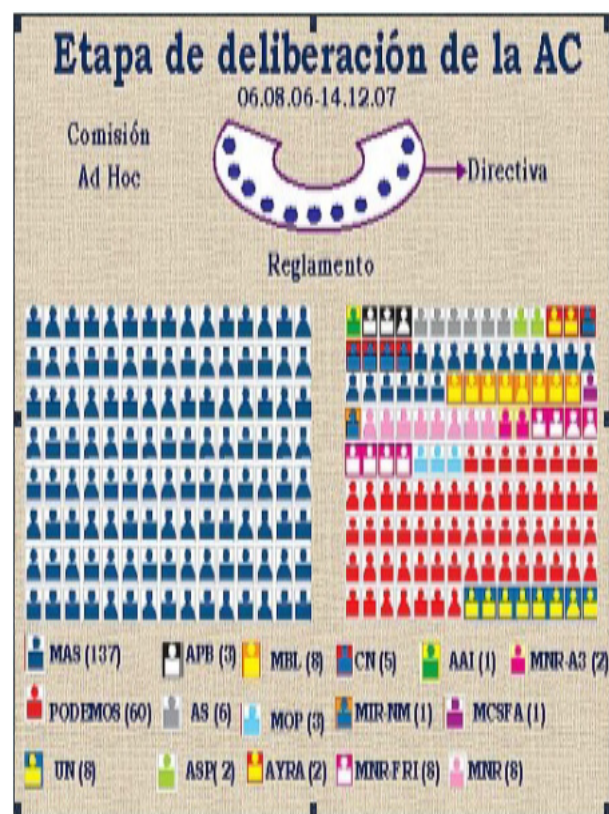
Nach dem politischen Erdbeben in Bolivien im Dezember 2005, in dem Evo Morales die Präsidentschaftswahlen mit 54% der Stimmen gewann (Jost, 2006) versprach der neue Präsident Boliviens in seiner Amtseinführungsrede im Januar 2006, die Forderung nach einer neuen Verfassung zu realisieren. Das dafür nötige Gesetz zur Berufung einer VGV – *Ley Especial de Convocatoria a la Asamblea Constituyente* – wurde bereits im März von der Regierung verabschiedet. Dieses Gesetz rief alle bolivianischen Bürger auf, ihre Delegierten für die Versammlung zu wählen.

Ziel der Regierungspartei MAS (*Movimiento al Socialismo*) war es, in der Versammlung die Zweidrittelmehrheit zu erreichen, ihr historisches Ergebnis der Präsidentschaftswahlen also sogar zu übertreffen. Nur auf diese Weise konnte sich die MAS sicher sein, Bolivien nach ihren Vorstellungen neu zu gründen. Aber auch die Opposition mobilisierte ihre Anhänger mit einer eigenen Kampagne – gegen die MAS und die Regierungsziele. Parallel begannen sogenannte *micro-fuerzas* (kleinere politische Kräfte) sich aus der

Zivilgesellschaft heraus zu organisieren und politische Relevanz zu entwickeln.

Im Ergebnis bildeten 255 Delegierte aus insgesamt 16 politischen Gruppierungen, darunter traditionelle sowie nicht-traditionelle politische Parteien und soziale Bewegungen, die Versammlung. Diese können zwar den zwei Polen MAS und PODEMOS (*Alianza Poder Democrático y Social*) zugeordnet werden, verfolgten jedoch auch eigene Ziele. Zu den gewählten traditionellen Parteien können *Movimiento de Izquierda Revolucionario* (MIR-NM), *Movimiento Bolivia Libre* (MBL), PODEMOS und *Unidad Nacional* (UN) gezählt werden, wie auch die nach der Krise der politischen Parteien (2005) getrennt auftretenden Faktionen der *Movimiento Nacionalista Revolucionario* (MNR, MNR-A3 und MNR-FRI). Zu den gewählten nicht-traditionellen politischen Kräften zählen MAS, *Concertación Nacional* (CN) und das *Movimiento Originario Popular* (MOP). Schließlich können *Alianza Andrés Babiñez* (AAI), *Autonomía Para Bolivia* (APB), *Alianza Socialista* (AS), *Alianza Social Patriótica* (ASP), *Movimiento AYRA* und das *Movimiento Campesino San Felipe de Austria* (MCSFA) den Bürgerinitiativen zugeordnet werden.

Grafik 1: Die politischen Kräfte in der VGV



Quelle: Apostamos por Bolivia.

3. Unterschiedliche Staatskonzepte

Der Debatte liegen zwei unterschiedliche Staatskonzepte zugrunde, die sich zwar in ihrer Struktur ähneln, aber in Ansatz und Philosophie stark unterscheiden. Sie spiegeln auch die Polarisierung des Landes wider. Auf der einen Seite gibt es den Vorschlag der Regierungspartei MAS für einen neuen Staat – basierend auf einer „Andenideologie“ mit traditionellen Elementen der indigenen Kultur, wie z.B. einer *justicia comunitaria* (Gemeinschaftsjustiz) und der Selbstverwaltung der jeweiligen Gemeinschaften. Auf der anderen Seite steht der Vorschlag der Opposition PODEMOS für einen Staat mit den klassischen westfälischen Prinzipien von Nation und Rechtsstaatlichkeit.

3.1 Das Staatskonzept der MAS

Die MAS schlägt einen Staat vor, der explizit auf den für die indigene Bevölkerung nicht unbedingt selbstverständlichen Prinzipien von „Plurinationalität“, Souveränität und partizipativer Demokratie (*para vivir bien* – um gut zu leben) basiert. Die zugrundeliegenden Werte hierbei sind Gleichheit, Reziprozität, Komplementarität, Solidarität, Transparenz, soziale Verantwortung, Freiheit, Wohlergehen der Gemeinschaft, Respekt des Lebens und der Menschenrechte, Respekt der kulturellen Vielfalt sowie der Meinungs- und Glaubensfreiheit. Gegründet auf diesen Prinzipien und Werten soll der Staat sozial und gemeinschaftlich handeln, mit direkter, partizipativer und repräsentativer Demokratie. Gleichzeitig soll der Staat aber mit größerer Macht ausgestattet werden. Eine Aufteilung in Exekutive, Legislative, Judikative und eine „soziale Gewalt“ (eine Art Volkerrat) ist vorgesehen, wobei sich die Exekutive aus Präsident, Vizepräsident und dem Kabinett zusammensetzt. Für die Legislative ist eine Kammer vorgesehen. Diese soll durch absolute Mehrheit entscheiden können. Jedem der gewählten Delegierten kann das Mandat auf Bürgerinitiative entzogen werden. Die genaue Vorgehensweise ist dabei noch nicht festgelegt.

Die Judikative soll von einem neuen Gremium kontrolliert werden. Die Mitglieder dieses Rats sollen von der Bevölkerung gewählt werden, mit mindestens zwei indigenen von insgesamt fünf Mitgliedern. Die Judikative soll die Gemeinschaftsjustiz integrieren und institutionalisieren.

Diese soll denselben Status wie die klassische Judikative erhalten. Die soziale Gewalt soll die anderen Staatsgewalten kontrollieren und in der gesamten politischen Organisation präsent sein. Der Staat soll dezentral regiert werden – auf nationaler, *departamento*- (vergleichbar mit Bundesländern), kommunaler und „indigener“ Ebene (indigene und interkulturelle Regionen).

Zu den wichtigsten Themen der MAS zählen die Besitzverhältnisse des Landes und die Art der Landverteilung. Die entsprechende Vorstellung der MAS ist hierbei jedoch in sich widersprüchlich. Einerseits soll das Land unter die Kontrolle des Staates fallen, gleichzeitig jedoch der Bevölkerung gehören. Individuelles Landeigentum soll, gemäß seiner wirtschaftlich-sozialen Funktion, trotzdem anerkannt werden, mit Ausnahme von zu enteignendem Großgrundbesitz.

Weitere Prioritäten sind Bildung, Gesundheit und Sozialversicherung, die für alle kostenfrei zur Verfügung stehen sollen. Der Staat ist verantwortlich für die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen zum Wohl aller Bolivianer. In wirtschaftlicher Hinsicht hat der Staat in Kooperation mit privaten Investoren ein Entwicklungsmodell zu gestalten. In Bezug auf die Auslandsbeziehungen werden internationale Hilfe und Zusammenarbeit nur dann als akzeptabel erachtet, wenn sie nicht an Bedingungen geknüpft sind.

3.2 Das Staatskonzept der PODEMOS

Die Staatsvision der PODEMOS basiert auf den Prinzipien Verfassungshoheit, Rechtsstaatlichkeit, Volkssouveränität, kulturelle Vielfalt und Interkulturalität, territoriale Integrität, Partizipation, Unabhängigkeit, Komplementarität und dem Wohlergehen der Bevölkerung. Die Grundwerte sind Menschenrechte, die Achtung des Lebens, politischer und Glaubenspluralismus, Demokratie, Freiheit, Toleranz, Respekt für traditionelle Bräuche und die verschiedenen Organisationsformen der indigenen Gruppen, soziale Verantwortung und Solidarität.

Der Staat soll in Exekutive, Legislative und Judikative untergliedert werden. Die Exekutive besteht aus dem Präsidenten, dem Leiter des Kabinetts und den Ministern, welche landesweit gewählt werden sollen. Die Legislative besteht aus zwei Kammern – der *Cámara de Senadores* (Senat) und der *Cámara de Diputados* (Abgeordnetenhaus).

Die Mitglieder beider Kammern sollen landesweit gewählt werden, im Fall der zweiten Kammer mit einfacher Mehrheit und einem Abgeordneten pro Wahlkreis. Die Mitglieder der Judikative werden von einem *consejo de la magistratura* (Beirat der Richterschaft, eine Kontrollinstanz) ernannt. Für die Judikative ist eine vollständige Unabhängigkeit von der Exekutive und Legislative vorgesehen. Der Staat soll auf nationaler, *departamento*- und kommunaler Ebene organisiert werden. Das *departamento* wird von einem Gouverneur geführt und die Kommune von einem *alcalde* (Bürgermeister). Jede dieser Regierungsebenen hat ihre eigenen Räte. Alle Mandate können auf Initiative der Bevölkerung wieder entzogen werden. Parallel dazu soll es für jede Ebene eine Art Kontrollrat von Bürgern geben.

Ein wichtiger Aspekt dieses Vorschlags ist die Dezentralisierung des Landes mit einer Option auf Autonomie für diejenigen *departamentos*, die im Juli 2006 in einem Referendum dafür gestimmt haben. Die PODEMOS tritt dafür ein, die Ressource Land vollständig dem Staat zu unterstellen, der die Verantwortung für eine gerechte Verteilung von Grund und Boden besitzt. Der Staat erkennt privates Landeigentum von Einzelpersonen oder Kollektiven an, aber nicht die Anhäufung von Landbesitz zu Spekulationszwecken. Das vorgeschlagene Wirtschaftsmodell ist abgestimmt auf die jeweiligen regionalen Gegebenheiten und Bedürfnisse. Alle natürlichen Ressourcen gehören dem Staat, der für ihre Nutzung und Industrialisierung zum Wohl aller Bolivianer verantwortlich ist.

4. Wie unterschiedlich sind diese zwei Visionen?

Bisher kann man nicht von einer Neuordnung des Staates sprechen. Die zwei Visionen für ein „neues Bolivien“ haben eine deutliche gemeinsame Basis in der staatlichen Struktur. Dennoch gibt es so starke Unterschiede, dass ein Konsens bisher nicht möglich war. Zum einen soll der Staat weiterhin auf dem Modell des US-amerikanischen Präsidentialismus beruhen. Beide Vorschläge beinhalten die Organisation in verschiedene Staatsgewalten. Die MAS sieht zusätzlich eine „soziale Gewalt“ vor, welche die anderen Gewalten kontrollieren soll. Die PODEMOS dagegen bezieht sich in ihrem Vorschlag implizit auf die Verfassungsprinzipien

nach Madison – mit einer Verfassungshoheit, Gewaltenteilung und einem System der gegenseitigen Kontrolle. Auch wenn die Vorschläge die Kontinuität des präsidentiellen Systems beabsichtigen, so will die PODEMOS das Amt des Vizepräsidenten in das eines Kabinettsleiters umwandeln, der die Kommunikation zwischen der Exekutive und Legislative besser koordinieren soll. Bezüglich der Legislative will die MAS nur eine Kammer, und zwar unter der Kontrolle des Volkes, während die PODEMOS auf zwei Kammern besteht, da sie die Repräsentation der einzelnen Regionen als genauso wichtig erachtet wie die der Gesamtbevölkerung. Ein weiterer Unterschied besteht in der Art, wie die Abgeordneten für die Legislative gewählt werden. Während die PODEMOS eine landesweite Wahl der Abgeordneten vorzieht, will die MAS, dass einige Kandidaten direkt aus den indigenen Regionen oder Gemeinschaften berufen werden können. Schließlich beinhalten beide Vorschläge eine Art Kontrolle durch die Bürger, wobei die MAS die „soziale Gewalt“ an der Spitze einer hierarchischen Ordnung verortet, während die PODEMOS eine parallele Ordnung bevorzugt, in der die Bürgerkontrollräte mit den verschiedenen Regierungsebenen zusammenarbeiten.

Einer der Hauptunterschiede liegt außerdem in der Gemeinschaftsjustiz. Für die MAS soll die Gemeinschaftsjustiz in das allgemeine Justizsystem integriert und so institutionalisiert werden. Die Regierung und die MAS argumentieren, dass die Gemeinschaftsjustiz dort beginnen müsse, wo der allgemeinen Justiz Grenzen gesetzt seien, wie z.B. auf Kommunalebene. Die PODEMOS jedoch sieht die Gemeinschaftsjustiz vielmehr als alternativen Weg zur Konfliktlösung und Mediation, nicht als Teil des offiziellen Justizsystems. Dabei stützt sich die Kritik der PODEMOS auf die vieler nationaler und internationaler Organisationen, die auf vergangene Menschenrechtsverletzungen durch die Gemeinschaftsjustiz in Bolivien hinweisen.

5. Unlösbare Divergenzen

Die oben dargestellten Unterschiede sind in der VGV klar hervorgetreten und haben sich zum Teil als unlösbare Divergenzen erwiesen, die die Arbeit der Versammlung in den letzten fünfzehn Monaten behinderten. Die neue Landreform ist einer dieser Streitpunkte (Urioste, 2007). Die MAS und die Opposition haben bisher nicht zu einer Übereinstimmung

über das Ob und das Wie einer Landverteilung finden können. Während die Regierung ein Gesetz (*Ley 3545*) zur Neufassung des existierenden Gesetzes zur Landreform (*Ley INRA*) vorlegte, kämpfte die Opposition (teilweise unterstützt durch Landeigentümer im östlichen Teil Boliviens) dagegen an. Das neue Gesetz ist noch nicht implementiert, die Regierung hat eine Umverteilung des Landes noch nicht umgesetzt. Zum einen war die Opposition bisher in der Lage, diesen letzten Schritt zu verhindern. Zum anderen konnte die Regierung aufgrund fehlender Ressourcen noch keine Erfassung der zu enteignenden Gebiete bewerkstelligen.

Ein weiterer Streitpunkt ist die Form, in der die regionale Autonomie gestaltet werden soll. Die Regierung versteht Autonomie als Zugeständnis an die individuellen indigenen Gruppen, ihre Entscheidungen selbst zu treffen und ihre Regionen zu verwalten. Zu diesem Zweck schlugen die Regierung und die MAS-Fraktion in der Versammlung eine weitgehende Verwaltungsautonomie der indigenen Gemeinschaften vor. Die Opposition will jedoch die Verwaltungsautonomie für gesamte Regionen und *departamentos* durchsetzen und vor allem das Recht dieser Regionen, die möglichen Gewinne aus der Förderung natürlicher Ressourcen in ihren Gebieten einzunehmen. Im Fall von Santa Cruz und Tarija wären diese Einkünfte beachtlich, da sich dort die großen Erdgasvorkommen des Landes befinden.

Der dritte Streitpunkt ist die Struktur der zukünftigen Regierung. Für die Regierung Morales war die Verankerung der Möglichkeit zur unbegrenzten Wiederwahl des Präsidenten in der neuen Verfassung ein wichtiger Punkt. Zugleich sollte der Kongress nur eine Kammer haben, als „Kongress des Volkes“. Die Opposition wehrt sich gegen beide Vorschläge.¹

Schließlich, als vierter Streitpunkt, wollen große Teile der Zivilgesellschaft der Stadt Sucre den Regierungssitz (Exekutive und Legislative) von La Paz zurück nach Sucre verlegen lassen. Diese Forderung – die auf der Tour der Versammlungskommissionen

durch das ganze Land im März 2007 erstmals benannt wurde – spaltet die Bevölkerung am stärksten. Die Regierung und die MAS-Fraktion stehen diesem Vorschlag ablehnend gegenüber, weil die Mehrheit ihrer Wähler in der Andenregion lebt, deren Zentrum La Paz ist. Die Oppositionskräfte, deren Anhänger vor allem aus dem sogenannten *media luna* (Halbmond) mit Santa Cruz, Beni, Pando und Tarija kommen, haben Sucre Forderung bereitwillig unterstützt. Seitdem dieser Punkt Teil der Debatte ist, hat sich Sucre der Opposition angegliedert und dadurch die Basis der MAS stark geschmälert. Diese Entwicklung hat die *media luna*-Region in ihrer Forderung nach Autonomie gestärkt und die Regierung geschwächt.

Als Ergebnis konnte die VGV ihre Arbeit nicht erfolgreich durchführen. Beide Seiten, Regierung und Opposition, haben die Streitpunkte stark politisiert. Aber die VGV hat darüber hinaus vor allem auch die tiefen Differenzen zwischen den beiden Gruppen ins Licht gerückt.

6. Legitimitätsverlust der VGV und die Folgen für die Regierung

Die politische Situation in Bolivien ist äußerst prekär und die Aussichten auf eine Lösung sind wenig Erfolg versprechend. Die Gesellschaft ist durch die unterschiedlichen Visionen für ein neues Bolivien polarisiert worden. Diese Polarisierung spiegelte sich im Prozess der VGV wieder, wenn sie dadurch nicht sogar verstärkt wurde. Diese Situation hat dazu geführt, dass eine wachsende Zahl von Kritikern die Auflösung der Versammlung forderte und die Bevölkerung ihr Vertrauen in sie verloren hat. Tabelle 1 zeigt das Ergebnis einer Umfrage zur Befürwortung oder Missbilligung der Arbeit der Versammlung. Zwischen Juni und Oktober 2007 fiel die Befürwortung von 50% auf 39%. Zugleich sprachen einige führende Politiker von MAS und Opposition von einer möglichen Auflösung der Versammlung.

Tabelle 1: Frage: Befürworten oder missbilligen Sie die Arbeit der Nationalen VGV?

	Jun. 2007	Jul. 2007	Aug. 2007	Sept. 2007	Okt. 2007
Befürwortung	50%	41%	36%	42%	39%
Misbilligung	41%	51%	53%	49%	54%

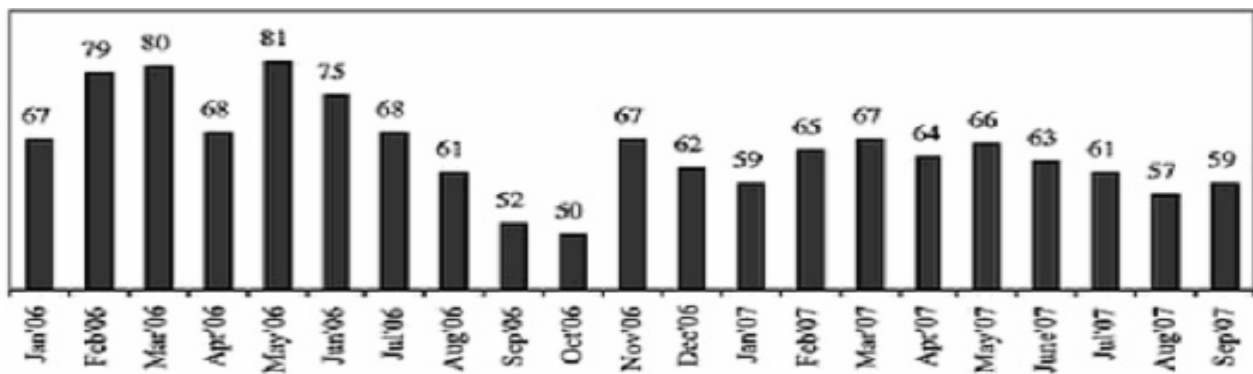
Quelle: Angus Reid, Ipsos Apoyo, Opinión y Mercado Methode: Interviews mit 1.017 Bolivianern (Erwachsenen) in La Paz, El Alto, Cochabamba und Santa Cruz, Oktober 2007.

¹ Jedoch gibt es eine implizite Übereinkunft zwischen MAS und der Opposition zur einmaligen Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten durch unmittelbare Wiederwahl.

Dies ist ein ernstes Problem für die Regierung Morales. Nach seiner Wahl wollte Morales die Versammlung dazu nutzen, ein „neues Bolivien“ zu gründen, in dem die indigene Bevölkerung mehr Beteiligungsmöglichkeit, Repräsentation und Gleichberechtigung haben würde. Eine Ergebnislosigkeit der Versammlung hätte die Glaubwürdigkeit der Regierung in den Augen ihrer Wähler deutlich geschmälert. Der mögliche Schaden wäre zwar nicht zwangsläufig fatal, da die Oppositionsparteien momentan kein hohes Ansehen in der Bevölkerung genießen. Jedoch

wäre es ein Schlag gegen die Regierungsfähigkeit und damit auch gegen die Implementierung der restlichen Agendapunkte, wie der weiteren Nationalisierung der Industrien und der Reform der Sozial- und Wirtschaftspolitik gewesen. Auch deswegen wird die MAS-Fraktion ohne Zustimmung der Opposition einen eigenen Verfassungsentwurf vorgelegt haben. Grafik 2 verdeutlicht den Verlust an Unterstützung für Präsident Morales, die im Mai 2006 noch bei 81% lag, während sie im September 2007 auf 59% gesunken war.

Grafik 2: Politische Unterstützung für Morales von Februar 2006 bis September 2007

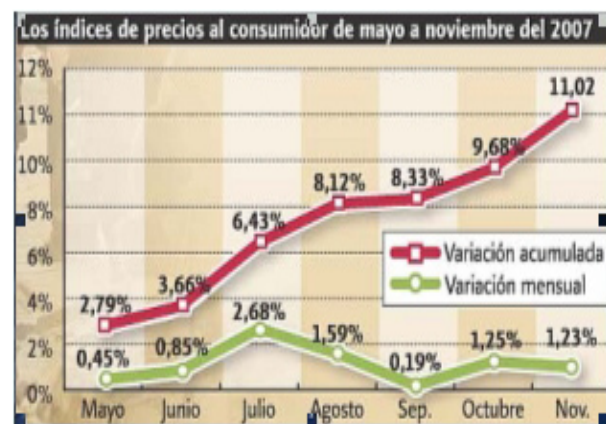


Quelle: Angus Reid Global Monitor, in: <<http://angus-reid.com>>.

Auch im Bereich der Wirtschaft sind negative Auswirkungen der politischen Krise bereits sichtbar. Zwischen Mai und November 2007 stieg die Inflationsrate von niedrigen 2,8% auf eine zweistellige Zahl (11,2%) im November (s. Grafik 3). Es gab starke Preiserhöhungen für Diesel und Benzin, aber auch für wichtige Grundnahrungsmittel wie Brot und Mehl. Die Regierung will sich ihre Unterstützung sichern und leitet populistische Maßnahmen ein, wie Subventionen von Konsumgütern, Schutzzölle und eine inflationshemmende Politik der Zentralbank (die künstliche Stärkung der bolivianischen Währung gegenüber dem US-Dollar). Diese Maßnahmen wirken sich aber auf die wirtschaftliche Entwicklung kontraproduktiv aus, auch deshalb, weil Privatpersonen günstige Produkte, wie Gas und Nahrungsmittel in großen Mengen aufkaufen, um sie z.B. in Peru teurer zu verkaufen. Dadurch steigen die Preise, und es entsteht ein Zyklus, in dem sich Maßnahmen und Auswirkungen verschärfen und die Regierung in Handlungsnot gerät. Die Preiserhöhungen führten zu Protesten gegen die zentralistischen Tendenzen der Regierung und schwächten sie so weiter. Unzufriedenheit besteht auch über die Unfähigkeit

der Regierung, die Verträge mit den großen Energiefirmen, die das bolivianische Erdgas fördern, abschließend zu verhandeln. Dadurch wurde die Instabilität des Landes noch erhöht, was sich wiederum auf die Regierungsfähigkeit auswirkt.

Grafik 3: Inflation von Mai bis November 2007



Quelle: La Razón, 4.12.2007.

7. Der gegenwärtige Stand der Verfassungsreform

Trotz der Schwierigkeiten, mit denen sie während des gesamten Prozesses konfrontiert waren, haben sich Regierung und MAS-Fraktion entschlossen, die Arbeit an der neuen Verfassung nun im Eiltempo zu beenden. Nach Monaten des Stillstands, hauptsächlich aufgrund von Protesten und Unruhen in Sucre, verabschiedete die MAS am 9. Dezember 2007 in Abwesenheit der Opposition und behaftet mit rechtlichen Unregelmäßigkeiten ihre eigene Version einer neuen Verfassung.

Dies löste heftige Reaktionen seitens der Opposition aus. Sie lehnte umgehend die von der Versammlung verabschiedete Verfassung ab und verurteilte den Alleingang der Zentralregierung. Die Regionen, in denen die Opposition stark vertreten ist, haben aus Protest bereits am 15. Dezember 2007 ihre Autonomie von der zentralen Regierung erklärt.

Auf dem Weg zur endgültigen Verfassung verbleiben allerdings noch einige Schritte, die mindestens zehn weitere Monate in Anspruch nehmen dürften. Erstens will die Regierung ein Referendum durchführen, in dem die Bevölkerung entscheiden soll, ob sie die Politik der Regierung oder die der Opposition unterstützt. Zweitens soll ein weiteres Referendum die Frage der Landreform klären. Schließlich soll die Bevölkerung in einem dritten Referendum über die neue Verfassung abstimmen, sobald ihr Text fertig gestellt ist.

Regierung und Opposition haben sich in ihren Positionen weit voneinander entfernt. Durch den Prozess der VGV haben sich die Differenzen verschärft. Doch auch die bolivianische Demokratie hat gelitten. Falls die Verfassung so implementiert wird, wie sie verabschiedet wurde, wäre die bolivianische Demokratie durch Morales' autoritäre Tendenzen erheblich geschwächt. Die MAS nutzt ihre Mehrheitsposition in der Regierung aus, um ihre Vision für ein neues Bolivien mit einer neuen Verfassung durchzusetzen und verspielt dabei demokratische Prinzipien wie die Konsensfindung mit der Opposition. Sie schwächt so letztendlich ihre eigene Position, aber vor allem auch die immer noch fragile Demokratie in Bolivien.

Literaturverzeichnis

- Angus Reid Global Monitor, in: <www.angus-reid.com/polls/>, 27.11.2007.
- Apostamos Por Bolivia (2007): Proceso Constituyente, in: <www.apostamosxbolivia.org> (Unpublished).
- Buitrago, Miguel (2007): The Bolivian Constituent Assembly Process, 3. Oktober, in: <<http://mabb.blogspot.com/2007/10/bolivian-constituent-assembly-process.html>>, 27.11.2007.
- Jost, Stefan (2006): „Bolivien nach dem politischen Erdbeben“, in: GIGA Fokus Lateinamerika, Nr. 2. Hamburg: IKK.
- La Razón (2007): A un paso de la meta, la Asamblea se halla frente a una encrucijada, 11. September, in: <www.la-razon.com/versiones/20071109_006085/nota_247_504288.htm>, 9.11.2007.
- Movimiento Al Socialismo (2007): „Propuesta de CPE del MAS“, in: Apostamos Por Bolivia <www.apostamosxbolivia.org/axb/documentos/constitucion_MAS.pdf>, 22.11.2007.
- PODEMOS (2007): „Constituyente Para la Gente“, in: ForoDAC <www.forodac.org.bo/upload/PROPUESTA_PODEMOS.pdf>, 22.11.2007.
- Urioste, Miguel (2007): „Reconducción comunitaria de la reforma agraria en Bolivia: balance de un año y perspectivas“. Vorgetragen im Fachgespräch: „Solidarisch, demokratisch, authentisch, plurinational – Boliviens umwälzende Wege aus Abhängigkeit und Ungerechtigkeit“, 25. Oktober, Evangelischer Entwicklungsdienst, Berlin.

■ Der Autor

Miguel A. Buitrago, M.A., Volkswirt und Politologe, ist Doktorand am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien.

E-Mail: buitrago@giga-hamburg.de

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Buitrago, Miguel A. (2007): „El proceso constitucional boliviano: dos visiones de país“, in: Iberoamericana, Nr. 26, 7. Jg., S. 189-196.

Ernst, Tanja (2007): „Zwischen Rhetorik und Reformen – die ‚Neugründung‘ Boliviens“, in: Lateinamerika Analysen 17. Hamburg: GIGA, S. 177-197.

Jost, Stefan (2006): Bolivien nach dem politischen Erdbeben, in: GIGA Focus Lateinamerika, Nr. 2. Hamburg: IKK.

Kurtenbach, Sabine et al. (Hrsg.) (2004): Die Andenregion. Neuer Krisenbogen in Lateinamerika. Frankfurt: Vervuert.

Mähler, Annegret (2007): „Bolivianische Erdgaspolitik im Wandel“, in: Lateinamerika Analysen 16. Hamburg: GIGA, S. 125-147.

Marmon, Tangmar (2005): Bolivien hat die Wahl: Welchen Weg wird der neue Präsident einschlagen? In: Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 23. Hamburg: IKK.

Marmon, Tangmar (2005): Bolivien – auf dem Weg in die Unregierbarkeit? Der dritte Präsident in drei Jahren, in: Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 12. Hamburg: IIK.

Marmon, Tangmar/ Kramer, Andrea (2006): Ethnische Parteien der Andenländer: Von sozialen Bewegungen zu politischen Gestaltern, in: GIGA Focus Lateinamerika, Nr. 11. Hamburg: IIK.

Minkner-Bünjer, Mechthild (2005): Munizipalwahlen in Bolivien: Politische Partizipation im Test, in: Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 6. Hamburg: IIK.

Quiroga, Yesko (2006): „Bolivien: Revolution in der Demokratie?“, in: Lateinamerika Analysen 14. Hamburg: IIK, S. 75-111.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Im Rahmen des Forschungsschwerpunkts 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ führt das GIGA Institut für Lateinamerika-Studien das Forschungsprojekt „Krisen und Wandel politischer Institutionen in Lateinamerika“ durch. Das Aufkommen populistischer Politiker, die wachsende Zahl vorzeitig beendeter Präsidentschaften (*failed presidencies*), wiederkehrende Verfassungsreformen und Ergebnisse von Meinungsumfragen weisen auf eine tiefgreifende Krise der politischen Institutionen in Lateinamerika hin. Allerdings haben sich auch Modelle erfolgreichen institutionellen Wandels (einschließlich informeller Institutionen) und demokratischer Konsolidierung herauskristallisiert. Das ILAS fragt nach den Ursachen der institutionellen Krisen, analysiert die Funktionsweise zentraler politischer Institutionen und Vermittlungsstrukturen (Parteien) und bewertet politische Reformprozesse in Lateinamerika.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus Lateinamerika* wird vom Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Sebastian Huhn; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Julia Kramer; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

IMPRESSUM